

Inhalt

Vorwort 7

Der Wasserhahnwahn 9

Luxus für Sparfüchse 25

Genug ist nicht genug 31

Den Fluss steuern 49

Wir (ver)kaufen das Wasserwerk! 63

»Katalysatoren des Fortschritts« 77

Anmerkungen 86

Wir (ver)kaufen das Wasserwerk!

1.

Ineffizient, intransparent, unzuverlässig und überteuert: Mit diesem pauschalen Vorwurf wurde vor 20 Jahren die öffentliche Wasserwirtschaft weltweit konfrontiert und eine stärkere Beteiligung privater Unternehmen als Lösung präsentiert.

Die Geschichte der Privatisierung der Wasserversorgung ist so abenteuerlich und genau so wenig an Fakten orientiert wie Karl Mays Indianergeschichten. Doch während Karl May im Gefängnis saß und lediglich fabulierte, schuf das einflussreiche Netzwerk der Kritiker der öffentlichen Wasserversorgung Tatsachen: Ab Mitte der neunziger Jahre wurde deren Privatisierung zu einem Kernstück staatlicher Austeritätsprogramme. Noch 2013 beharrt die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds einmal mehr darauf, die städtischen Wasserwerke von Athen und Thessaloniki zum Wohle Griechenlands und zur Sanierung seiner Schulden zu privatisieren – grundsätzlichen Gegenargumenten, ausbleibenden Erfolgsmeldungen der bereits privatisierten Wasserwirtschaft und globalen Protesten zum Trotz.

2.

Keine andere Ressource und kein anderer Dienstleistungsbereich wurden in der Vergangenheit weltweit und quer

durch alle politischen, kulturellen und religiösen Lager so selbstverständlich dem öffentlichen Bereich zugeordnet wie Wasser und Wasserdienstleistungen.

Die Rationalität, dass Wasser menschliches Lebenselixier und die Versorgung mit Wasser daher eine öffentliche Kernaufgabe ist, war bis weit ins 20. Jahrhundert hinein – mit Ausnahme Frankreichs, das bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf eine private Wasserversorgung setzte – globaler *common sense*. Gleichermassen bestimmte er die Praxis und die Auffassungen in Wissenschaft und Forschung. Manche Autoren argumentierten sogar, dass die Notwendigkeit, das öffentliche Gut Wasser dauerhaft zu bewirtschaften, ein zentraler Grund für frühzeitliche politische Vergesellschaftungen war.¹ Viele, unter anderem der Staatsrechtler Ernst Forsthoff, halten die öffentliche Wasserversorgung auch in modernen Gesellschaften für unabdingbar: Der Mensch, der sein Wasser nicht mehr selbst aus dem Brunnen schöpfen kann, ist »auf eine öffentliche ›Wasserversorgung‹ angewiesen, eine öffentliche Verwaltungseinrichtung, auf deren Funktionieren er sich verlassen können muß.«² Für Forsthoff fiel die Wasserbereitstellung in den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, also in den Bereich derjenigen Aufgaben, die die öffentliche Hand erfüllen muss, um dem Einzelnen das Leben in einer Massengesellschaft zu ermöglichen. Beeindruckend ist, dass selbst marktliberale Theoretiker bei der Wasserversorgung an eine Denkgrenze stießen: Nicht nur Friedrich August von Hayek und Milton Friedman zauderten, die Wasserressourcen und -versorgung privaten Akteuren zu überlassen. Auch laut Ludwig von Mises, der ansonsten kaum Grenzen der allseits wohltuenden Wirkung des Marktes sah, waren »Wasser und Luft [...] überhaupt freie Güter«.³

Das Postulat, dass Wasserressourcen und Wasserversorgung öffentlich sind, prägte auch anfänglich die Entwick-

lung der globalen Wasserpolitik, die mit der ersten UNO-Weltkonferenz über die menschliche Umwelt 1972 in Stockholm ihren Anfang nahm. In der Zeit bis zur 20 Jahre später stattfindenden Jubiläumskonferenz, dem »Erdgipfel« in Rio de Janeiro, respektierten internationale Empfehlungen selbstverständlich die staatliche Verantwortung in der Wasserpolitik.⁴ Eine bemerkenswerte Änderung dieser Auffassung zeichnete sich erst im Vorfeld der Rio-Konferenz auf einem Vorbereitungstreffen in Dublin im Frühjahr 1992 ab. Unter dem Eindruck zunehmender Knappheit der Wasserressourcen schlug ein Konferenzteilnehmer vor, Wasser wie Öl zu betrachten und mit einem kostendeckenden Preis zu belegen, der zu einem sparsamen Umgang mit der Ressource anhalten sollte. Diese ökologisch gut gemeinte Idee passte, wenn vielleicht auch unfreiwillig, gleichwohl hervorragend zu einem anderen Trend der frühen neunziger Jahre: Der Glauben, dass mit dem Sozialismus auch der Staat gescheitert sei und die Macht von Preisen und Märkten alles richten könne und werde. Aus beiden völlig unterschiedlich gelagerten Motiven – der Sorge um die Umwelt und der Hoffnung auf Profit in einem noch vollkommen unentdeckten Markt – speiste sich schließlich die vordem unerhörte Dubliner Empfehlung, die Rio-Konferenz solle als Prinzip verankern: »Wasser hat einen ökonomischen Wert in allen seinen konkurrierenden Nutzungsformen und sollte als ökonomisches Gut betrachtet werden.«⁵

Die Teilnehmer des Umweltgipfels in Rio griffen den Vorschlag aber nur halbherzig auf. Das ökonomische Prinzip stand im kompletten Widerspruch zu einer sozialen Wasserwirtschaft, insbesondere zu der vielerorts verankerten Praxis, unentgeltliches Wasser für alle oder zumindest ausgewählte Nutzergruppen bereitzustellen. Nach kontroverser Diskussion einigte man sich, sich nicht zu einigen, und formulierte kompromisslerisch, dass Wasser ein ökonomisches

und auch ein soziales Gut sei. Mit dieser unentschiedenen Stellungnahme wurde der jahrelange Streit darüber eröffnet, ob in der Wasserversorgung soziale Aspekte – etwa die entgeltfreie Lieferung von Trinkwasser – stärker zu gewichten seien als ökonomische, bei denen eine Kostendeckung durch die Verbraucher höchste Priorität hätte. Insgesamt schlug das Pendel in den nächsten Jahren weit stärker zugunsten einer ökonomischen Betrachtung von Wasser aus: Den zwar nicht mehrheitlichen, aber stärkeren Befürwortern der ökonomischen Betrachtung galt eine Privatisierung der Wasserversorgung fortan als Heilmittel, das die drängenden Probleme der Wasserversorgung zu lösen vermochte.

Als bahnbrechend für die Durchsetzungsfähigkeit der ökonomischen Position erwies sich eine weitere Veränderung des globalen Kurses, den die Konferenz von Dublin einleitete: Die Teilnehmer sahen den Staat nicht länger als Löser des Wasserproblems, sondern als dessen Verursacher. »Zentralisierte und sektoralisierte (top down) Zugänge zur Entwicklung und zum Management von Wasserressourcen haben sich oft als unzureichend erwiesen, um Managementprobleme zu lösen. Die Rolle von Regierungen muss sich ändern, um eine aktivere Beteiligung der Bürger und lokaler Institutionen zu ermöglichen, sowohl privater als auch öffentlicher.«⁶ Die Konferenzteilnehmer formulierten als weiteres Prinzip, dass sich ein breites Bündnis aus privaten, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren in strategischen Netzwerken organisieren sollte, um eine effektivere Wasserversorgung in die Wege zu leiten. Mit der Gründung der *Global Water Partnership* (GWP) und des *World Water Council* (WWC) wurde dieser Plan einige Jahre später umgesetzt. Während die Umweltkonferenz von Rio noch darauf gedrungen hatte, auch sozialen Werten einen Platz einzuräumen, verpflichteten WWC und GWP sich und ihre

Mitglieder auf die deutlicheren Dublin-Prinzipien, Kostendeckung und Effizienz mit Privatisierung zu verbinden.

Die Folgen sind bekannt: Seit Mitte der neunziger Jahre wird heftig darüber gestritten, ob die Wasserversorgung und teilweise auch die Wasserressourcen zu privatisieren seien. Federführend in der Privatisierungspolitik sind neben der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds eben auch die Netzwerke der GWP und des WWC, die teils aus Überzeugung, teils aus wohlverstandenen Eigeninteresse Einfluss und Möglichkeiten nutzen, um der Idee einer privaten Wasserversorgung Vorschub zu leisten. Die vorgebrachten Argumente nehmen sich in Anbetracht der tatsächlichen Entwicklungen im Rückblick immer noch atemberaubend aus: Private Investoren würden die finanziellen Lücken der staatlichen Wasserversorgung decken, das würde besonders den Armen helfen; private Betreiber seien effektiver und transparenter und könnten gerade in armen Ländern die niedrigen Wasseranschlussquoten erhöhen. Insgesamt sei daher Liberalisierung eine Lösung.⁷

Verblüffend an diesen Vorstellungen ist ihr grundlegender Mangel an Einsicht in ökonomische Handlungsmotive und ihr Unverständnis für die Eigenart der Wasserversorgung: Investoren hoffen stets, aus Geld mehr Geld zu machen. Hierfür bestehen in einem sich immer weiter ausdifferenzierenden Anlagemarkt zahlreiche Möglichkeiten. Eine der letzten davon ist, Geld in die Wasserversorgung armer ländlicher Gebiete in Entwicklungsländern zu stecken. Denn im ländlichen Raum sind leitungsgesundene Infrastrukturen besonders teuer, weil längere Strecken zu überwinden sind. Zudem ist in armen Gebieten notgedrungen die Zahlungsfähigkeit gering. Die Hoffnung, dass sich hohe Einsätze ausgerechnet hier schnell amortisieren würden, ist völlig unbegründet und erweist sich auch in der Praxis als falsch.

Ökonomisch unsinnig ist auch die Annahme, dass sich im Bereich der leitungsgebundenen Wassernetze die Grundidee von Liberalisierung, dass Konkurrenz das Geschäft belebt, manifestieren könnte. Liberalisierung im weiteren Sinne bedeutet einen Abbau von Wettbewerbsschranken und Regulierungen und schließt in der Regel die Forderung nach Privatisierungen ein. Im engeren Sinne wird unter Liberalisierung ein »Wettbewerb im Markt« verstanden, ein Wettbewerb also, bei dem »der Endkunde idealtypisch die Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Anbietern hat«.⁸ Für netzgebundene Infrastrukturen setzt der Wettbewerb im Markt eine Aufhebung des Gebietsmonopols voraus, weil nur dann Wahlfreiheit für die Kunden besteht. Bei der Stromversorgung oder bei Telekommunikationsdiensten funktioniert das, weil entweder jeweils eigene Leitungsnetze geschaffen werden oder verschiedene Anbieter ein Durchleitungsrecht haben. Einer Liberalisierung der Wasserversorgung setzt diese infrastrukturelle Voraussetzung aber enge Grenzen. Als tendenziell lokale Ressource wird Wasser mit unterschiedlichen Qualitäten angeboten, und eine Mischung unterschiedlicher Wässer innerhalb desselben Leitungssystems kann zu Qualitätsminderungen führen. Hydraulische Gegebenheiten, korrosions-chemische und mikrobiologische Wassereigenschaften sowie betriebliche Aspekte, ein ganzes Set von technischen Anforderungen also, lassen es »zweifelhaft« erscheinen, ob mit Durchleitungen »das angestrebte Ergebnis, Effizienzsteigerung in der Wasserversorgung und Kostenentlastung für die Kunden, erreicht werden kann«.⁹ Als natürliches Monopol widersetzt sich Wasser daher den Möglichkeiten, die einem liberalisierten Telekommunikations- oder Energiemarkt offenstehen: Dass der Endkunde seinen Anbieter über den Preis bestimmt. Folglich kann die Privatisierung der Wasserversorgung zwar eine Konkurrenz *um* den Markt entfa-

chen, aber keine Konkurrenz *im* Markt. Hat sich ein Anbieter in der Ausschreibung dieser Dienstleistung gegen seine Konkurrenz erst einmal durchgesetzt, so muss der Kunde bei ihm, und nur bei ihm, die entsprechenden Leistungen beziehen. Auch der private Anbieter bleibt daher ein Monopolist.

Diese offenkundigen Hindernisse schrecken die Anhänger der Liberalisierung und Privatisierung der Wasserversorgung trotzdem nicht davon ab, eine bessere Bewirtschaftungsmöglichkeit in einem privaten Betrieb zu vermuten. Das Ergebnis entsprechender Umsetzungen ist aber niederschmetternd: Nach kurzen Intermezzi haben sich private Investoren weitgehend aus dem Geschäft in Entwicklungsländern zurückgezogen. Bei dem blutigsten dieser Beispiele führte im sogenannten »Wasserkrieg« der bolivianischen Stadt Cochabamba die durch den Internationalen Währungsfond erzwungene Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung zuerst zu einer Verdreifachung des Wasserpreises, dann zu einem Generalstreik und schließlich zu militanten Konflikten mit sieben Toten und hunderten Verletzten. Sie wurde daraufhin zurückgenommen.

Weder die ländlichen noch die armen Regionen, schon gar nicht die armen ländlichen, sind von privaten Geldgebern bisher als bevorzugte Gebiete entdeckt worden. Die privaten Investitionen in den Wassersektor von Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen lagen im Jahr 2005 weltweit insgesamt bei 1,5 Milliarden US-Dollar. Im selben Jahr sind aber 471 Milliarden US-Dollar privater Investitionen in den boomenden Telekommunikationsmarkt geflossen und knapp 300 Milliarden US-Dollar in den Energiesektor.¹⁰

Nicht einmal für die operative Überlegenheit privater Wirtschaftsformen konnte bisher ein Beweis erbracht werden. Nach mehr als einem Jahrzehnt, in dem mit größter

Selbstverständlichkeit wieder und wieder behauptet wurde, dass die private Wirtschaft effektiver und transparenter sei, machte sich einer der früheren Befürworter der Privatisierungsagenda aus der Abteilung für Policy Research der Weltbank auf die Suche nach Belegen dafür und kam 2005 zu dem Ergebnis: »Die vermutlich wichtigste Botschaft ist, dass die ökonometrische Untersuchung der Bedeutung der Eigentümerschaft in diesem Sektor [dem Wassersektor, P. D.] nahelegt, dass es keinen signifikanten statistischen Nachweis für einen Unterschied in der Effizienz privater und öffentlicher Betreiber gibt.«¹¹

Zum Zeitpunkt dieser späten Erkenntnis war aber schon jahrelang auf der Basis dürrer Begründungen die Privatisierungsagenda vorangetrieben worden und wird es ungeachtet solcher Lehren weiterhin: Ein unmittelbares Ergebnis ist, dass noch immer internationale Entwicklungshilfen von der Bereitschaft abhängig gemacht werden, private Unternehmen in die Wasserversorgung einzubeziehen. Gleichzeitig erhalten aber 95 Prozent aller Menschen der Welt ihr Wasser von öffentlichen Versorgern. Wichtige Finanz- und Restrukturierungshilfen für den öffentlichen Sektor, der die wesentliche Last immer noch trägt, werden auf diesem Altar geopfert.¹² Festhaltenswert ist auch ein zweites Resultat: Die ursprünglich als Entwicklungshilfe geforderte Privatisierung der Wasserversorgung fand am Ende doch noch lukrative Geschäftsfelder – allerdings in ganz anderen Weltregionen, nämlich vor allem in Nordamerika und Europa.

3.

Insgesamt waren Mitte der neunziger Jahre in Deutschland 6.655 Wasserversorgungsunternehmen und etwa 8.000 Wasserentsorgungsunternehmen aktiv,¹³ der überwiegende Teil

hiervon, 85 Prozent, in kommunalem Besitz.¹⁴ Deutschlands Trinkwasserversorgung galt als vorbildlich: »In Deutschland ist die jederzeit und allerorts gesicherte Versorgung der Bevölkerung mit hygienisch einwandfreiem Wasser traditionell eine Kernaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit der Kommunen [...] In diesen Strukturen garantiert die deutsche Wasserwirtschaft seit Jahrzehnten eine flächendeckend hohe Versorgungssicherheit und eine hohe Trinkwasserqualität, die jedem internationalen Vergleich – auch im Hinblick auf das Preisniveau – standhält.«¹⁵

Trotz dieser guten Ergebnisse der öffentlichen Trinkwasserversorgung fanden ab Mitte der neunziger Jahre erste Auslagerungen an private Unternehmen statt. Auslöser dafür war die eingangs erwähnte Expertise der Weltbank von 1995, die unter anderem glauben machte, dass die hohen Wasserpreise dem Wirtschaftswachstum in Deutschland abträglich seien. Das Bundeswirtschaftsministerium griff diese These auf und gab eine Studie in Auftrag, um die Möglichkeiten der Liberalisierung und Privatisierung des Wassermarktes in Deutschland zu prüfen. Ergebnis dieser Studie war eine Reihe von Vorschlägen zur Förderung und Umsetzung einer verstärkten Wettbewerbsorientierung, zur Konzentration von Betrieben und zur Öffnung für private Unternehmen.¹⁶ Die Studie sprach sich darüber hinaus für die gemeinsame Nutzung von Leitungen für verschiedene Anbieter als Voraussetzung einer Liberalisierung des Marktes aus, erntete hierfür aber massive Kritik, weil aufgrund der Gewässermischung erhebliche Einbußen der Trinkwasserqualität befürchtet wurden.¹⁷ Auch wenn diese Studien der Weltbank und des Bundeswirtschaftsministeriums keinen unmittelbaren Einfluss auf die Privatisierung der Trinkwasserversorgung hatten, so werfen ihnen Kritiker doch vor, die Liberalisierungsdebatte initiiert und »den ideologischen

Boden für das Eindringen des Privatkapitals in die bislang kommunalen Wasser- und Abwasserbetriebe«¹⁸ bereitet zu haben.

Obwohl die funktionierende Wasserversorgung also selbst wenig Anlass gab, die tradierten Strukturen aufzubrechen, lieferte die Finanznot der Kommunen eine Anreizstruktur für verstärkte Privatisierungsaktivitäten in den neunziger Jahren. In Ostdeutschland standen erhebliche Rekonstruktionsaufgaben der Versorgungsnetze an, aber auch im Westen wurden die Wasserwerke verstärkt in haushaltspolitische Kalküle einbezogen. Bei knappen Kassen lohnt sich der Verbleib der Stadt- und Wasserwerke für die Kommune nur dann, »wenn die kommunalen Werke mehr Gewinn abwerfen als die eingesparten Zinsen betragen, die man durch den Verkauf der Stadtwerke und den damit erzielten Schuldenabbau erzielen würde.«¹⁹ Unabhängig von ihrem Verkauf oder Verbleib wurde damit insgesamt der Druck auf die Wasserwerke erhöht, profitabel zu wirtschaften.

4.

Das Ausmaß dieses Wandels ist alles andere als übersichtlich. Statistisch belegt ist lediglich eine fortschreitende Konzentration der Wasserversorgungsunternehmen: Innerhalb der letzten 20 Jahre sank ihre Anzahl um 2.000 Unternehmen auf 4.663.²⁰ Die Zahl privater Beteiligungen wird nicht flächendeckend erfasst, eine Bestandsaufnahme ist aus drei Gründen schwierig:

Erstens gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Formen der Privatisierung. Rein formeller Natur etwa ist eine Privatisierung dann, wenn ein öffentliches Unternehmen nur in eine private Rechtsform überführt wird, aber die öffentliche

Hand weiterhin (Teil-)Eigner des Unternehmens bleibt. Von materieller Privatisierung oder mitunter auch Vermögensprivatisierung wird gesprochen, wenn tatsächlich ein Transfer von öffentlichem Besitz an private Eigentümer stattfindet. Bei funktionaler Privatisierung hingegen werden im Rahmen ausgehandelter Konditionen Aufgaben an private Betreiber übergeben, was wiederum entweder zu einer vollständigen Übertragung dieser Aufgaben (Outsourcing) oder zu einer zwischen öffentlichen und privaten Betreibern geteilten Verantwortung, sogenannten *public private partnerships* (PPP), führen kann. Auch finanzielle Privatisierung ist möglich: Private finanzieren hier öffentliche Aufgaben und erhalten im Gegenzug bestimmte Gewinnchancen oder sonstige Vorteile. Der öffentliche Nutzer solcher privaten Investitionen wird in der Regel durch langfristige Leasingverträge an die privat finanzierten Objekte gebunden. »Privatisierung der Wasserversorgung« ist daher faktisch ein Sammelbegriff, der auf sehr unterschiedliche Tatbestände und Besitzverhältnisse verweist.

Zweitens können die Informationen zum jeweiligen Stand nur den teilweise vagen Angaben der 4.500 Versorger und der mehr als 11.000 Kommunen entnommen werden; eine solche Zusammenstellung ist bislang nicht erarbeitet worden. Auch wenn einige Zahlen kursieren – so wird für 2004 etwa darauf verwiesen, dass von 940 Mitgliedsfirmen des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) die Hälfte private Beteiligungen hatten²¹ –, existiert daher kein Überblick. Gewiss ist nur, dass in mehreren hundert Kommunen private Wasserdienstleister Fuß gefasst haben und entweder allein oder als anteilige Besitzer von Stadtwerken einige Millionen Einwohner versorgen.

Drittens sind die Verträge zum Stand der Privatisierung oftmals geheimnisumwoben. Der 2007 vom Berliner Wassertisch initiierte und erfolgreiche Volksentscheid zur

Offenlegung der Verträge über den Teilverkauf der Berliner Wasserbetriebe an RWE und Vivendi ist bislang die Ausnahme. Andernorts sind Verträge über Konditionen und Entgelte, teilweise auch über garantierte Gewinnversprechen, der Öffentlichkeit nicht zugänglich und mitunter auch selbst denen nicht verständlich, die sie abgeschlossen haben.²²

Die Debatte über Preissteigerungen entzündet sich aber an einigen Beispielen von Privatisierungen: 1997 verkaufte etwa die Stadt Potsdam 49 Prozent der Anteile an ihren Stadtwerken an die SUEZ-Tochter Eurawasser. Angesichts einer Verdopplung des Wasserpreises im Laufe der folgenden beiden Jahre sah die Stadt sich im Jahr 2000 zu einem Rückkauf der Aktien veranlasst; neben der Rückkaufsumme von 2,5 Millionen Euro soll eine Abfindung in unbekannter Höhe gezahlt worden sein. Teilweise dramatische Preissteigerungen nach Privatisierungen sind aus Städten in anderen Ländern bekannt, unter anderem aus Buenos Aires und dem bolivianischen Cochabamba. Wenn man zudem davon ausgeht, dass für private Unternehmen eine höhere Effizienz als Grund für Profite behauptet wird, die Forschung aber zeigt, dass in dieser Hinsicht kein erkennbarer Unterschied besteht, dann können unter der Annahme gleicher Effizienz von privaten und öffentlichen Unternehmen vermehrte Profite nur auf Kosten reduzierter Investitionen in die Infrastruktur oder durch die Anhebung der Preise erwirtschaftet werden. Gerade die Erfahrungen mit der frühzeitigen und flächendeckenden Privatisierung der Wasserversorgung in Großbritannien unter Margaret Thatcher, die teilweise dramatische Vernachlässigungen der Infrastruktur offenbarten, unterstützen diese Sichtweise. Fairerweise muss man aber festhalten, dass mangels einer grundlegenden Statistik über die Privatisierungen in Deutschland, der Vielzahl an Betriebsformen und der Tatsache, dass die Kosten der Wasserversorgung von zahlreichen Faktoren abhängig sind, ein

kausaler Zusammenhang zwischen Privatisierung und Preissteigerungen nicht beweisbar ist.

Die öffentliche Meinung sieht das allerdings anders. Die Ablehnung einer Privatisierung von Wasserbetrieben und, sofern diese in der Vergangenheit vollzogen wurde, die Befürwortung von deren Rekommunalisierung steht bei den Bürgern hoch im Kurs. Hierfür spielen nicht nur die Preise eine Rolle, sondern auch die klare Intuition, dass Wasser keine Ware ist und die Wasserversorgung nicht nach Marktprinzipien gestaltet werden kann und darf: Sie kann nicht dem Markt unterworfen werden, weil ein natürliches Monopol nicht über Preise steuerbar ist, und sie darf es auch nicht, weil Wasser für jeden Einzelnen, für Industrie, Landwirtschaft und Energieversorgung essenziell ist. Im gesamtgesellschaftlichen Interesse liegt es, dass alle Mitglieder einer Massengesellschaft mit qualitativ hochwertigem Wasser unabhängig von ihrer Kaufkraft versorgt werden – niemand möchte neben einem Nachbarn wohnen, dem das Wasser gesperrt wurde, weil er die Rechnung nicht bezahlt hat, geschweige denn, selber dieser Nachbar sein.

5.

Seit mehr als 20 Jahren hat die Privatisierung der Wasserversorgung weltweit Widerstand hervorgerufen und Energien sowie finanzielle Ressourcen gebunden. Vielerorts haben Bürger sich gegen eine Privatisierung gestemmt: Zu den hierbei besonders bemerkenswerten Akteuren zählt die europäische Bürgerinitiative »right2water«, die sich seit 2012 erfolgreich gegen die Eingliederung von Wasserdienstleistungen in die europäische Dienstleistungskonzessionsrichtlinie gewehrt hat. Infolge einer europaweiten Ausschreibungspflicht für Wasserdienstleistungen hätte diese

Richtlinie die Privatisierungstendenzen zukünftig noch verstärkt. Auch andernorts, vor allem in Lateinamerika, Afrika und Indien, haben Bürger sich für ihr Wasser stark gemacht und Auseinandersetzungen riskiert, die teilweise mit Waffengewalt ausgetragen wurden und Verletzte und Tote forderten. Auch wenn die erzielten Erfolge zu Recht gefeiert werden können, geben sie keinen Anlass, eine positive Gesamtbilanz dieser zwei Jahrzehnte zu ziehen.

Die Privatisierung der Wasserversorgung ist einer Liberalisierungsideologie geschuldet, die jenseits ökonomischer Vernunft, ohne wissenschaftliche Analyse wasserwirtschaftlicher Gegebenheiten und ungeachtet ausbleibender Erfolge in den Entwicklungsländern rücksichtslos auf Kosten von Menschenleben durchgesetzt wurde. Überall hat sie bei Bürgern ein Klima des Misstrauens gegenüber den öffentlich Verantwortlichen geschürt. Besonders in Deutschland hat sie ohne Not eine öffentliche Wasserversorgung, die weltweit Anerkennung fand, unter einen marktwirtschaftlichen Druck gesetzt, ohne dass überhaupt die Möglichkeit bestünde, marktwirtschaftlich und profitorientiert zu handeln.

Angesichts des qualitativen und quantitativen Zustands der Wasserressourcen, angesichts der Tatsache, dass immer noch eine knappe Milliarde Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser und 2,5 Milliarden Menschen – ein Drittel der Weltbevölkerung – keinen Zugang zu sanitären Anlagen haben, ist die sinnfreie, aber mit Macht durchgesetzte Privatisierung eine schuldbeladene Vergeudung von Geld und Energien, die gebraucht worden wären, um dringende Menschheitsprobleme tatsächlich zu lösen.